



Kommunalpolitischer Arbeitskreis Höchst i. Odw.

Mitglied im Landesverband der Freien Wähler Hessen e. V.

04.01.2016

Pressemitteilung

KAH unterstützt geplantes Volksbegehren KiTa Frei Freie Wähler für gebührenfreie Kindergärten

Die FREIEN WÄHLER Hessens setzen sich für „gebührenfreie Bildung“ ein. Dazu gehört für die Wählerversammlung insbesondere die Betreuung in den Kindertagesstätten. Lernen beginnt nicht erst mit der Schultüte, sondern bekanntermaßen schon viel früher. Die FREIEN WÄHLER in Hessen nehmen diese Erkenntnis ernst und fordern, dass Eltern keine Gebühren mehr für den Kindergartenplatz ihres Sprösslings bezahlen müssen. Hierzu haben die FREIEN WÄHLER dieser Tage ein Volksbegehren auf den Weg gebracht. In der Gemeinde Höchst i. Odw. unterstützen die beim Kommunalpolitischen Arbeitskreis Höchst i. Odw. (KAH) organisierten FREIEN WÄHLER auf örtlicher Ebene diese Initiative und werben bei den Bürgerinnen und Bürgern dafür um Unterstützung.

Durch die bevorstehende Entlastung Hessens aus dem Länderfinanzausgleich, Umverteilungen im Landeshaushalt sowie den Umbau der komplizierten und damit teuren Verwaltungsstrukturen in Hessen wird es kurz- bis mittelfristig möglich sein, dass das Land die Personalkosten der Erzieherinnen und Erzieher übernimmt. In Rheinland-Pfalz trägt das Land bereits die Kosten, Hamburg stellt seit dem 1. August 2014 die fünfständige Grundbetreuung in Kindertagesstätten und Kindertagespflege von der Geburt bis zur Einschulung beitragsfrei und Berlin hat die Gebührenabschaffung ebenfalls beschlossen. Im schwarz-grünen Hessen tut sich hingegen nichts, bemängelt auch der KAH. Die Kommunen könnten – analog zu den Schulen – die Verwaltung der Gebäude übernehmen und für die laufenden Sachkosten aufkommen. „Der KAH teilt diese Absicht uneingeschränkt“, stellen für die Höchster Wählergemeinschaft deren Vorsitzende Monika Schmauß, Gemeinde-beigeordneter Klaus Sauer und Fraktionsvorsitzender Hartmut Klein fest und verweisen auf die hohen, jährlich aus dem Gemeindehaushalt zu stemmenden Zuschüsse zu den Kindergärten. Durch die vollständige Übernahme der Personalkosten durch das Land könnte eine so deutliche Entlastung erfolgen, dass auf Gebührenerhebungen in der Folge verzichtet werden kann.

Geld ist nach Auffassung des KAH durchaus vorhanden: Noch kürzlich hatte das Land Hessen vorgesehen, dass Eltern 150 Euro monatlich erhalten, wenn sie ihr Kind zwischen dem 15. und 36. Lebensmonat zu Hause erziehen, statt es in einer öffentlich geförderten Kindertagesstätte betreuen zu lassen. Dieses von CDU/CSU auf Bundesebene durchgesetzte und kürzlich für verfassungswidrig erklärte Betreuungsgeld sollte besser den Städten und Gemeinden zugutekommen. Anreize zu schaffen, damit Kinder nicht in den Kindergarten geschickt werden, sind nach Auffassung des KAH ohnedies alles andere als sinnvoll und für eine Integration gar schädlich.

Wer mit dem KAH und den FREIEN WÄHLERN Hessen die Forderung "Kita frei" unterstützen möchte, findet das dafür vorgesehene Formular im Internet. Unter der Adresse **www.kitafrei.de** können Interessierte im Übrigen mitdiskutieren, kommentieren und kommunizieren. Werden bis zum **Dezember 2016** 87.000 Unterschriften wahlberechtigter Hessen vorgelegt, wird über den Landesverband der FREIEN WÄHLER der Volksentscheid über gebührenfreie Kindertagesstätten eingeleitet.

www.kah-hoechst-i-odw.de